

III. Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge

Zur Aufgabe der Gefahrenabwehr gehört auch die Gefahrenvorsorge, bei der die Polizeibehörden bereits im Vorfeld konkreter Gefahren Massnahmen treffen, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verhindern. Solche Massnahmen sind zeitlich gegenüber der konkreten Gefahr vorverschoben und dienen weder der Abwehr von Gefahren noch der Beseitigung von Störungen.²⁰⁰ Sie stehen aber in einem engen und untrennbaren Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr, die schon aus praktischen Gründen ohne eine solche Vorverlegung nicht effizient betrieben werden könnte.²⁰¹

Als vorsorgliche Massnahmen, die im Vorfeld der Gefahr in Betracht kommen,²⁰² zählen einerseits solche, mit denen kein Grundrechtseingriff verbunden ist, wie z. B. die behördliche Information oder die polizeiliche Beobachtung in Form von Streifenfahrten zum Zwecke der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung und andererseits solche, die einen Eingriff in Grundrechte zur Folge haben, wie beispielsweise Gesetzesbestimmungen zur Vorbeugung einer Gefahr, die eine Genehmigung²⁰³ oder Bewilligung²⁰⁴ vorschreiben oder Verbote oder Gebote aufstellen oder Gesetzesbestimmungen zum Zwecke der besseren Abwehr einer künftigen Gefahr, wie die Beschaffung und Speicherung von Personendaten für eine künftige Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung.²⁰⁵ Es gibt in zahlreichen Materiengesetzen Bestimmungen, namentlich im Umweltbereich, die neben der Gefahrenabwehr auch eine darüber hinausgehende Vorsorge für das Gemeinwohl statuieren.²⁰⁶

200 Reinhard, S. 117.

201 So Schenke, S. 199, Rdnr. 48.

202 Vgl. zum Folgenden Reinhard, S. 118 f.

203 Z. B. Plangenehmigungen nach Art. 56 und 57 Verordnung über die Vorlagen für elektrische Starkstromanlagen oder die Genehmigung für das Inverkehrbringen von Heilmitteln nach Art. 7 Abs. 1 und 2 HMG.

204 Z. B. Baubewilligung nach Art. 71 BauG oder die Bewilligung zur selbständigen Ausübung des Berufes der im Bauwesen tätigen Ingenieure und Architekten nach Art. 2, 6 und 7 IAG und die Gewerbebewilligung nach Art. 5 GewG.

205 Siehe Art. 91 PolDOV; vgl. auch die Zwangsmassnahmen in Art. 87 Abs. 1 Bst. a und 89 Bst. c PolDOV und generell Art. 2 Abs. 1 Bst. b PolDOV.

206 Siehe das Vorsorgeprinzip im Umweltrecht in Art. 1 i. V. m. Art. 13, 14, 15 und 16 BoSchG; Art 1 Abs. 2 i. V. m. Art. 6, 7, 9, 33, 35 und 40 LRG und das Vermeidungsprinzip in Art. 3 GSchG.